



Presseinformation

Rechten Terror entwaffnen!

- **Morgen feierliche Einweihung des Werks „86° Walter Halit“ auf dem Regierungspräsidium in Kassel**
- **Nach den Morden an Halit Yozgat und Walter Lübcke sind noch immer über 1.700 Schusswaffen legal im Besitz von Rechtsextremen**
- **„Wer der Opfer gedenkt, muss die Täter entwaffnen“**
- **Demokratie-Initiative fordert Vorreiterrolle Hessens**

Kontakt:

Offen für Vielfalt –
Geschlossen gegen
Ausgrenzung e.V.

Johanna Kindler
0151/40381123
kontakt@offenfuervielfalt.de
www.offenfuervielfalt.de

Kassel, 3. September 2025. Halit Yozgat und Walter Lübcke sind in Kassel von Rechtsextremisten erschossen worden. In Erinnerung an sie wird morgen (04.09.) das Kunstwerk „86° Walter Halit“ auf dem Regierungspräsidium Kassel feierlich eingeweiht. Doch 20 Jahre nach dem ersten Mord hat sich nicht viel geändert. Im Gegenteil: Laut aktuellen Recherchen von NDR und WDR besitzen heute noch mehr Rechtsextremisten ganz legal Schusswaffen: Mindestens 1.765 Schusswaffen sind demnach im Besitz von Personen, die die Sicherheitsbehörden klar als Rechtsextremisten einstufen. Mehr Verfassungsfeinde mit mehr Waffen. Auch in Hessen. Ein zu zögerlicher Staat und Gesetzeslücken machen das möglich.

Die deutschen Innenminister haben kürzlich beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Waffenverbot für Rechtsextremisten befassen soll. „Wenn es darum geht, rechten Terror zu entwaffnen, muss Hessen eine Vorreiterrolle übernehmen“, fordert die hessische Demokratie-Initiative Offen für Vielfalt e.V. anlässlich des morgigen Festaktes in Kassel.

Die Initiative hat dazu Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media geschaltet.

Mehr als 1.765 Schusswaffen sind nach Erkenntnissen der Innenministerien von Bund und Ländern noch immer ganz legal im Besitz von einschlägig bekannten Rechtsextremisten. „Dass Verfassungsfeinde ganz offiziell Zugang zu Schusswaffen haben, stellt ein gravierendes Sicherheitsrisiko dar. Der Staat muss deshalb entschlossen handeln und diese Gefahr endlich konsequent beenden“, fordert die Demokratie-Initiative aus Kassel.

Hessen als trauriges Beispiel

Besonders deutlich wird die Bedrohung in Hessen. Zahlen des Innenministeriums zeigen, dass in Hessen mehr als 100 Rechtsextreme legal eine Waffe besitzen. Nach den Verschärfungen der Gesetze zum Waffenbesitz ist dies vollkommen unverständlich. Hessen hat mehrfach auf dramatische Weise erleben müssen, was es bedeutet, wenn Rechtsextremisten Zugang zu Schusswaffen haben:

- 2006 in Kassel: Am 6. April wird Halit Yozgat in Kassel vom NSU erschossen.
- 2019 in Wolfhagen (Kreis Kassel): Regierungspräsident Walter Lübcke wird in der Nacht vom 1. auf den 2. Juni auf seiner Terrasse von einem Rechtsextremisten erschossen.
- 2020 in Hanau: Ein rechtsextremer Täter erschießt am 19. Februar neun Menschen aus rassistischen Motiven. Die Tatwaffe besaß er legal

„In Hessen liegen weiterhin Schusswaffen ganz legal in den Händen von Rechtsextremisten. Das ist eine Farce und wirkt wie eine Verhöhnung für die Opfer rechtsextremer Gewalt und deren Familien“, sagt Michael Sasse, Vorsitzender der Demokratie-Initiative Offen für Vielfalt e.V.: „Erinnern und

das Geschehene nicht zu vergessen, ist richtig und wichtig. Dazu ist das neue Werk auf dem Regierungspräsidium in Kassel ein sehr guter, mahnender Beitrag. Aber: Wer der Opfer gedenkt, muss auch die Täter entwaffnen!"

Das hessische Innenministerium führte kürzlich auf Anfrage des Hessischen Rundfunk aus, dass es keinen „Entwaffnungsautomatismus“ gäbe. Nur weil jemand vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft würde, führte dies nicht automatisch zum Entzug der Waffe. Es fände eine einzel-fallbezogene Prüfung statt.

„Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Das stellt der Verfassungsschutz seit Jahren fest“, so Vorstandsmitglied Johannes Fuhr. „Kommunalpolitiker, Lehrer, Pfarrer - sie alle sind schon lange im Visier von rechtsextremem Hass. Sie werden bedroht, beleidigt und diffamiert. Und sie alle müssen mit der Gewissheit leben, dass Rechtsextreme ihr Leben bedrohen und teils unmittelbar in der Nachbarschaft leben. Bewaffnet und das alles noch legal“, so Fuhr weiter.

Schießtraining mit dem Mörder – Waffe wird nicht eingezogen

In Hessen hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, welche Gefahr von Waffen in den Händen von Extremisten ausgeht. Die Pistole, mit der in Hanau aus rassistischen Motiven neun Menschen getötet wurden, war legal im Besitz des Täters. Auch Markus H., ein enger Bekannter des Lübcke-Mörders Stephan Ernst, gilt als einschlägig rechtsextrem. Zeitweise verfügte er legal über sechs Schusswaffen. Er trainierte gemeinsam mit dem Mörder von Walter Lübcke das Schießen im Wald. Obwohl ihm die Waffenbesitzkarte nach dem Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke entzogen werden sollte, setzte er sich juristisch erfolgreich dagegen zur Wehr.

Der Entzug von Waffen bei Rechtsextremen ist in Deutschland rechtlich immer noch kompliziert. Zwar gelten sie nach der Einstufung durch den Verfassungsschutz als Gefahr für die Demokratie, doch daraus folgt nicht automatisch, dass sie ihre Waffen verlieren. Gerichte betonen immer wieder, dass nicht jeder Rechtsextreme automatisch gewaltbereit sei. Um jemanden waffenrechtlich als „unzuverlässig“ einzustufen, braucht es nach der derzeitigen Gesetzeslage zusätzlich konkrete Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft. Diese enge Auslegung führt dazu, dass viele bekannte Rechtsextreme ihre Schusswaffen behalten dürfen.

„Wer mit rechtsextremer Gesinnung auffällt, hat grundsätzlich das Recht auf eine Schusswaffe verwirkt. Schließlich lehnt dieser auch den Rechtsstaat und die demokratische Grundordnung ab“, so Sasse. „Es darf nicht sein, dass Rechtsextremisten noch Waffen besitzen dürfen. Hier muss der Gesetzgeber nachsteuern und der Staat endlich entschlossen vorgehen.“

Mehr Informationen zum Thema Waffenbesitz von Rechtsextremisten, die aktuelle Gesetzeslage und bürokratische Hindernisse bietet die Demokratie-Initiative aktuell auf Ihrer Webseite: www.offenfuervielfalt.de

Hinweis für Redaktionen: Das aktuelle Anzeigenmotiv „Rechten Terror zerlegen“ finden Sie ebenso wie aktuelle Aufnahmen vom Kunstwerk auf unserer Webseite.

Über die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“

Im Spätsommer 2018 wurden in Chemnitz Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder ihres Einsatzes für Demokratie zu Zielscheiben. Die Medien sprachen von „Hetzjagden“, schockierende Videos waren zu sehen. Gemeinsam wollten fünf in Kassel ansässige Unternehmen – die Hübner-Gruppe, die Schaltbau Bode Gruppe, die K+S Aktiengesellschaft, die Kasseler Sparkasse und Wintershall Dea – im Oktober 2018 mehr als sich empören und ein klares Zeichen für ein vielfältiges Miteinander setzen. Zeigen, dass sie sich Werten wie Respekt, Toleranz und Dialogbereitschaft verpflichtet fühlen – und dass Wirtschaftsunternehmen diese Vielfalt brauchen und davon profitieren. Gemeinsam starteten

sie die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. Mit steigender Tendenz versammeln sich aktuell rund 35 Unternehmen und Organisationen, darunter wissenschaftliche Institutionen und Bundesligavereine, als Partner:innen unter dem Dach der Initiative. Sie bündeln ihre Kräfte und nutzen gemeinsam Netzwerke. Alle Informationen zu „Offen für Vielfalt“ finden Sie unter www.offenfuervielfalt.de.

